

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte DI Elisabeth OLISCHAR, Mag. Manfred JURACZKA, Dr. Wolfgang ULM und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.01.2020 in der Debatte des Verlangens

betreffend Ausweitung des Kopftuchverbots bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres

In den vergangenen Jahren wurde bereits ein Kopftuchverbot für Kinder im Kindergarten- und Volksschulbereich in öffentlichen Einrichtungen auf den Weg gebracht. Angebracht wäre nunmehr eine Ausweitung des Verbotes. Diese Ansicht findet auch Zustimmung seitens der neuen Bundesregierung.

Im aktuellen türkis-grünen Regierungsprogramm bekennt sich die aktuelle Bundesregierung dazu,

dass Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen, damit Kinder möglichst ohne Zwang (wie z.B. das Tragen eines Kopftuchs) aufwachsen können. Es sei eine Aufgabe des Staates, Mädchen und junge Frauen zu stärken und in ihrer Selbstentfaltung zu unterstützen. Es brauche Maßnahmen zur Stärkung der jungen Mädchen sowie die Ausweitung des bestehenden Kopftuchverbots auf Schülerinnen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Erreichen der Religionsmündigkeit).

Auch der erst diesen Sonntag durch den Wähler bestätigte Landeshauptmann des Burgenlandes, Hans Peter Doskozil, gehört zu den Befürwortern eines Kopftuchverbotes sowie einer eventuellen Ausweitung des bestehenden Verbots. So meinte er am 16.01.2020 in einem Interview in der Tageszeitung „Die Presse“: „Im Sinn einer europäischen und – aus meiner Sicht – auch sozialdemokratischen Wertehaltung ist ein Kopftuchverbot bis 14 in Schulen durchaus zu unterstützen.“ Ebenso sprach sich die Landesparteisekretärin der SPÖ, Barbara Novak, in der Vergangenheit wiederholt für ein Kopftuchverbot bei Schülerinnen aus.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat unterstützt den Bundesgesetzgeber das bestehende Verbot des Tragens weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, die mit einer Verfüllung des Hauptes verbunden ist, für Schülerinnen und Schüler bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Erreichen der Religionsmündigkeit) auszuweiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.01.2020